



1 NPD-VERBOT

LÄNGE	2:23 MIN
AUSGESTRAHLT	20. MÄRZ 2013
THEMA	PARTEIVERBOTSVERFAHREN GEGEN DIE NPD

INHALT

Der Filmclip thematisiert, dass sich die Bundesregierung nicht mit einem eigenen Antrag am Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligt. Es werden ironische Gründe aufgeführt, warum die NPD („jämmerlicher Karnevalsverein“, „Möchtegern-Germanen“) unbedingt verboten werden sollte: Ihre Mitglieder repräsentieren nicht die „germanische Herrenrasse“, beherrschen die deutsche Sprache nicht, können nicht singen, kein Publikum kommt zu den Veranstaltungen der NPD, die zudem noch „Kinderschänder“ in den eigenen Reihen verzeichnet.

HINTERGRUND

In Deutschland kann eine Partei nur durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden, indem diese als verfassungswidrig eingestuft wird. Der zu verbietenden Partei muss nachgewiesen werden, dass sie aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährdet (Artikel 21, Absatz 2 GG). Das Parteienverbot ist ein Mittel der ‚wehrhaften Demokratie‘, um Freiheit und Demokratie in Deutschland zu schützen.

Antragsberechtigt für einen Verbotsantrag sind Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, sofern eine Partei nur in einem Bundesland organisiert ist, auch die jeweilige Landesregierung. Ein Verbot hätte zur Folge, dass das Parteienvermögen eingezogen wird und gewählte Vertreter dieser Partei je nach Wahlgesetz ihre Mandate niederlegen müssten. Auch von der staatlichen Parteienfinanzierung wäre die Partei dann ausgeschlossen. Bereits 2001 gab es ein Verbotsverfahren

zum Verbot der NPD. Dieses wurde jedoch 2003 eingestellt, weil zahlreiche Funktionäre der NPD zugleich als V-Leute (Informanten der Verfassungsschutzämter) tätig waren. Die Verfassungswidrigkeit der NPD wurde damals nicht überprüft. Im Zuge der Debatte zu den NSU-Morden, die im Herbst 2011 ans Licht kamen, wurde auch ein erneuter Verbotsantrag diskutiert. Im Dezember 2013 reichte der Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht ein. Bundesregierung und Bundestag hingegen stellten keine eigenen Anträge.

Weiterführende Informationen:

[www.bpb.de/politik/extremismus/
rechtsextremismus/41462/npd-verbot](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41462/npd-verbot)



LERNZIELE

Die Schüler können die Argumente für und gegen ein NPD-Parteiverbotsverfahren benennen. Anschließend können sie sich vorläufig zu der Frage positionieren, ob die NPD verboten werden sollte, und sind in der Lage, ihre Positionierung innerhalb der Klasse zu erörtern.

EINSATZ IM UNTERRICHT (KOPIERVORLAGE 1)

Der Filmclip eignet sich, um in einer Schulstunde das Pro und Kontra eines NPD-Verbots zu thematisieren. Ausgehend von den im Clip genannten satirischen Gründen, die für ein Verbot sprechen, lernen die Schüler die zentralen Argumente des Für und Wider eines NPD-Parteiverbots kennen. Danach wägen die Schüler zunächst für sich selbst ab, welche Argumente sie am ehesten überzeugen, um sich für oder gegen ein NPD-Parteiverbot zu positionieren. Dies kann visualisiert werden, indem sich Befürworter und Gegner eines Verbots im Klassenraum in entgegengesetzten Ecken aufstellen. Anschließend tauschen sich die Schüler zu ihren bevorzugten Argumenten aus und können diskutieren, ob diese eher zweckrational (Verbot erschwert Beobachtung) oder wertrational (rechtsextreme Partei und Demokratie nicht vereinbar) sind.

Ein Aktivist der NPD während einer Wahlkampfveranstaltung in Hamburg. Die Veranstaltung der Partei wurde begleitet von einer Gegendemonstration und einem großen Polizeiaufgebot.





NPD-VERBOT



Der Filmclip beschäftigt sich mit einem Verbot der Partei NPD durch das Bundesverfassungsgericht. Während der Bundesrat (= Vertretung der Bundesländer) 2013 einen Verbotsantrag gestellt hat, haben Bundesregierung und Bundestag keine eigenen Anträge eingereicht. Sie unterstützen aber die Initiative des Bundesrats. Obwohl die NPD als rechtsextreme und verfassungsfeindliche Partei eingestuft wird, gibt es in Politik und Gesellschaft Befürworter^z und Gegner^z eines möglichen Parteiverbots.



1

Welche nicht ganz ernst gemeinten Gründe werden im Filmclip genannt, warum die NPD verboten werden sollte? Notiere die Aussagen in Stichpunkten.

2 Neben den im Filmclip aufgeführten Gründen gibt es Argumente, die sowohl für als auch gegen das Parteiverbot der NPD sprechen. Ordne die folgenden Argumente mithilfe der Tabelle danach, ob sie eher für oder eher gegen ein NPD-Verbot sprechen.



- Blamage, wenn Verbotsantrag scheitert
- Verbot schwächt Organisation und Vernetzung der Rechtsextremen
- Verbot könnte dazu führen, dass NPD radikaler wird (z.B. gewaltbereiter)
- Demokratie muss extremistische Parteien aushalten und politisch dagegen ankämpfen.
- Verbotene Parteien erhalten keine Gelder aus staatlicher Parteienfinanzierung.
- deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus
- Deutschland hat historische Verantwortung (Nationalsozialismus), gegen Rechtsextremismus vorzugehen
- Abgeordnete der NPD verlieren nicht automatisch ihr Mandat in Landtagen und Kommunalparlamenten.
- Demokratie muss alle Mittel nutzen, auch Parteiverbot
- als nicht verbotene Partei besser zu beobachten und zu kontrollieren
- Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nur mit rechtlichen Mitteln
- Demokratie und Menschenrechte mit dem Programm einer rechtsextremen Partei nicht vereinbar (z.B. Rassismus).

3 Markiere die Argumente, die Dich persönlich am ehesten überzeugen, und tausche Dich anschließend mit Deinen Mitschülern aus.

4 Verfasse einen kurzen Zuschauerbrief an die Redaktion des Filmclips, bei dem Du Dich mithilfe der Argumente aus Aufgabe 2 mit der Forderung nach einem Parteiverbot auseinandersetzt.

Beginne den Brief mit „Ich stimme mit Ihnen überein, dass die NPD verboten werden sollte, weil ...“ oder „Ich stimme nicht mit Ihnen überein, dass die NPD verboten werden sollte, weil ...“.